Zweites Blatt. — Nr. 118.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 10. März 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

** **Berlin**, 10. März. Unsere Annahme, daß man auf Grund der in dem Seniorenkonvent vom 7. d. Mts. mit den Ministern der Finanzen und der geistlichen Angelegenheiten gepflogenen Verhandlungen zu einem positiven Ergebniß in Sachen des Dombauprojektes gelangen werde, bestätigt sich. Den Voraussetzungen, unter denen eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich zur Bewilligung der Bausumme bereit erklärt hat, ist dem Vernehmen nach an maßgebender Stelle zugestimmt. Obwohl sich eine Anzahl von Gegnern der Bewilligung der Vorlage in verschiedenen Parteien mit den Deutschfreisinnigen ablehnend verhalten werden, so wird doch eine starke Mehrheit, deren Gros Konservative, Zentrum und Polen bilden, jetzt die Forderung für den Dom bewilligen, und wird somit diese bereits so lange schwebende Frage endlich zum Abschluß gelangen.

— Am gestrigen Todestage Kaiser Wilhelms I. war die Fassade des Mausoleums zwischen den Säulen in den Granitvasen mit grünen Blattgewächsen geschmückt; gleicher Schmuck wiederholte sich im Innern vor der Treppe, in der Vorhalle, und wuchs in einer dichten weißen Blumenhecke rings um die Apsis und die Marmorwände der Kapelle. Idealisch schön war die Wirkung der wunderbaren Lichteffekte, die aus der Vorhalle durch die kleinen Scheiben auf die schwarzen Marmorsäulen und weiter auf die Sarkophage der Königin Luise und König Friedrich Wilhelms III. fielen. Das Mausoleum wie auch der Schloßpark waren während der Vormittagsstunden für das Publikum gesperrt und eine feierliche Stille lag über dem Heiligthum gebreitet. Gegen 10 Uhr war der Korrespondenzsekretär des Kaisers, Geh. Regierungs-Rath Mießner, erschienen, um den Kaiser zu erwarten und ihm den Kranz zu überreichen, den er am Sarge seines Großvaters niederlegen wollte. Kurz vorher traf Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin Margarethe ein und schmückte den Sarg ihres kaiserlichen Schwiegervaters mit dem Zeichen ihrer Liebe und Verehrung. Kurze Zeit darauf trafen Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold ein, um ebenfalls einen Kranz niederzulegen. Bald nach $10^1/_2$ Uhr langte der Kaiser an, nahm den bereit gehaltenen, aus Veilchen und weißen Orchideen geflochtenen Kranz und begab sich in die Krypta, welche durch zwei schmale Fenster in den Seitenwänden erhellt wird. Das mittlere Gewölbe führt zu dem in der Apsis stehenden schlichten Altar aus schwarzem Marmor. Zunächst dem Altar steht der Purpursarg Kaiser Wilhelms, an dem der Enkel heute in stillem Gebet eine Zeit lang verweilte und dann den Kranz niederlegte. Bald nach dem Kaiser traf die Kaiserin, welche wie alle fürstlichen Damen in tiefste Trauer gekleidet war, mit den drei ältesten kaiserlichen Prinzen ein. Der Kranz des Kaiserpaares war mit einer langen Atlasschleife geziert, welche die Krone des Herrscherpaares mit den Initialen derselben in Golddruck zeigte. Weitere Kränze wurden von den erbprinzlich meiningischen Herrschaften niedergelegt, von dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin von Baden ein Kranz aus Veilchen und weißen Rosen mit dem Namen „Friedrich" und „Hilda" auf den herabfallenden Atlasschleifen, sodann von den Generaladjutanten, Generalen à la suite und Flügeladjutanten des hochseligen Kaisers, von dem Offizierkorps des 1. Garde-Regiments und des Regiments der Gardes du Corps u. s. w.

— Der Kaiser hat bei seinem gestrigen Besuche des Mausoleums zu Charlottenburg, einer hiesigen Lokalkorrespondenz zufolge, bezüglich einer besseren Beleuchtung der Sarkophage Anordnungen getroffen. Das Licht, welches durch die bisherigen Scheiben eindrang, wirkte zu grell, weshalb der Hofglasermeister Pahl veranlaßt worden war, mit verschiedenfarbigen Scheiben zur Stelle zu sein. Der Kaiser hat nun nach Prüfung der verschiedenen Lichtwirkungen angeordnet, daß die Fenster mit dunkelblauen Scheiben verglast werden sollen. Die Marmorsarkophage des hochseligen Kaiserpaares sollen übrigens erst im nächsten Jahre in den oberen Räumen des Mausoleums Aufstellung finden.

— Zur Thronfolge in Braunschweig schreibt die „Magd. Ztg.": Während auch von offiziöser Seite das Scheitern der Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland bestätigt war, verbreitet die „Hallische Ztg." und, wie wir jetzt sehen, auch die „Kreuz-Ztg.", diese allerdings unter Vorbehalt, die Nachricht, daß in letzter Stunde und unter Mitwirkung des Großherzogs von Oldenburg doch noch eine Verständigung mit dem Herzog von Cumberland erreicht sei, die nicht nur die Frage des Welfenfonds, sondern auch die braunschweigische Frage einer Lösung entgegenführen würde insofern, als unter Verzicht des Vaters der am 28. Oktober 1880 geborene älteste Sohn des Herzogs von Cumberland den braunschweigischen Herzogsthron besteigen solle. Die Nachricht bedarf in der That der Bestätigung. Ist sie richtig, so darf angenommen werden, daß durch die Verhandlungen die Gründe beseitigt sind, die am 2. Juli 1884 den Bundesrath bestimmten, auf Grund eines am 21. Mai desselben Jahres gestellten Antrages Preußens den Herzog von Cumberland von der Thronfolge in Braunschweig auszuschließen, weil es mit den Grundprinzipien der Bündnißverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, daß der Herzog von Cumberland in einem dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesmitgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesrath Preußen sich befinde und daß er Ansprüche auf Gebietstheile dieses Bundesstaates geltend mache. Es muß also ein offener und unzweideutiger Verzicht aller Ansprüche auf Hannover vorausgegangen sein. Besteigt nach Ablegung eines solchen der älteste Sohn des Herzogs, Prinz Georg Wilhelm, den Herzogsthron, so würde bis zu dessen Volljährigkeit die Einsetzung einer Vormundschaft nothwendig werden. Von welfischer Seite war gefordert worden, daß diese Vormundschaft dem Herzog von Cambridge übertragen würde, der bereits selbst mit Ansprüchen auf Braunschweig hervorgetreten ist.

Der Herzog Ernst August von Cumberland ist am 21. September 1845 geboren, steht also jetzt in seinem 47. Lebensjahre. Der älteste seiner drei Söhne, Prinz Georg Wilhelm, ist am 28. Oktober 1880 geboren und würde nach braunschweigischem Staatsrechte am 28. Oktober 1898 volljährig werden. Der Großherzog von Oldenburg, der nach der „Kreuz-Ztg." erfolgreich in die Verhandlungen eingegriffen haben soll, steht in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Herzoge von Cumberland. Er ist mit einer Schwester der Königin-Wittwe von Hannover vermählt, demnach der Oheim des Herzogs, und hat auch bei früheren Gelegenheiten versucht, diesen zu einer Versöhnung mit den Thatsachen zu bewegen.

** Der dem Bundesrathe zugegangene Gesetzentwurf über den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege soll Vorschriften verschiedener Landesgesetze beseitigen. So soll er bestimmen, daß die Vorschriften der Landesgesetze, wonach das Recht, Tauben zu halten, beschränkt ist, und wonach im Freien betroffene Tauben der freien Zueignung unterliegen, auf Militärtauben keine Anwendung finden. Von dieser Bestimmung werden die Landesgesetze in Preußen, Baiern (im Geltungsgebiete des preußischen Allgemeinen Landrechts), Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ä. und j. L. betroffen werden. In diesen Einzelstaaten ist bisher das Recht, Tauben zu halten, beschränkt, insbesondere an die Voraussetzung landwirthschaftlichen Besitzes geknüpft. Ferner sollen landesgesetzliche Bestimmungen, auf Grund deren Sperrzeiten für den Taubenflug bestehen, auf Militärbrieftauben keine Anwendung finden. Solche Sperrzeiten sind eingeführt worden in Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Anhalt, den beiden Fürstenthümern Schwarzburg und in Elsaß-Lothringen. Schließlich sollen auch auf Militärbrieftauben die landesgesetzlichen Vorschriften keine Anwendung finden, nach welchen Tauben, die in ein fremdes Taubenhaus übergehen, dem Eigenthümer des letzteren gehören. Hiervon werden die Gebiete des französischen Rechts und badischen Landrechts betroffen werden.

Wilhelmshafen, 8. März. Der Gymnasial-Vorschullehrer Woltmann, welcher bis zum Oktober v. Js. die Schulkasse des hiesigen königl. Gymnasiums verwaltet hatte, stand gestern wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Urkundenfälschung vor dem Schwurgericht Aurich. Der Angeklagte, welcher 1950 Mark Gehalt bezog und Vater von drei Kindern ist, hat eingestandenermaßen von dem Staatszuschuß, welcher seiner Kasse überwiesen wurde, zwei Mal je 500 Mark, insgesammt also 1000 Mark, für sich verwendet und die Summe nicht gebucht. Die Unterschlagung kam gelegentlich einer außerordentlichen Revision ans Licht. Woltmann erhielt unter Zubilligung mildernder Umstände $1^1/_2$ Jahre Gefängniß, von denen 3 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Leipzig, 9. März. Die hiesigen Stadtverordneten bewilligten die Summe von 15,000 Mark als Beitrag zu den Kosten der hier stattfindenden Wanderversammlung deutscher Architekten und Ingenieure.

München, 9. März. (W. T. B.) Der Finanzausschuß berieth in seiner gestrigen Sitzung das Kapitel „direkte Steuern" und ging über die Petition auf Herabsetzung der Miethssteuer zur Tagesordnung über. Der Finanzminister erklärte, er halte an dem bisherigen Satze von 3,85 Prozent fest; eine Abänderung dieses Prozentsatzes würde eine gesammte Revision der Staatssteuern involviren. Eine derartige Revision sei jedoch noch nicht spruchreif, obschon einzelne Härten auf dem Lande nicht geleugnet werden könnten. Die im Ausschuß erwähnte Einführung einer progressiven Einkommensteuer finde bis jetzt nicht ungetheilten Beifall, deren Durchführung würde sehr schwierig sein. Der Ausschuß bewilligte die Gewerbesteuer mit 6,508,000 Mark (200,000 Mark höher als die Regierungsvorlage), ferner die Kapitalrentensteuer mit 4,170,000 Mark und sodann die übrigen Staatssteuern im Gesammtbetrage von 29,701,000 Mark.

München, 9. März. Im Kultusministerium wird die Frage der Errichtung einer Oberrealschule erwogen, die zur Anstellung im Staatsdienst und zwar im Hochbau, im Maschinen- und Bergbau, in der Forstverwaltung, im Post- und Eisenbahnfach, sowie für Lehrerstellen in der Mathematik und den Naturwissenschaften berechtigen soll.

München, 9. März. (W. T. B.) Den „Neuesten Nachr." zufolge ist der Münchener, zuletzt in Kehlheim lebende Thiermaler Benno Adam dortselbst gestorben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. März. (W. T. B.) Die Valuta-Enquete-Kommission vernahm in ihrer heutigen, abermals unter dem Vorsitze des Finanzministers abgehaltenen Sitzung die drei Mitglieder des böhmischen Landtags Bondy, Braf und Mattusch. Dieselben sprachen sich übereinstimmend für die Goldwährung, für die Beibehaltung des Kourantsilbers und für Staatskassenscheine aus, wobei Bondy eine periodische legislative Feststellung des Quantums, Mattusch als Höchstbetrag 120 Millionen in Stücken von fünfzig Gulden empfahlen und Braf zwischen den gemeinsamen und cisleithanischen Staatskassenscheinen unterschied. Was die Werthrelation angeht, so will Bondy solche nicht unter 80 und nicht über 84 Prozent, während Braf den Durchschnittskours der drei letzten Jahre, Mattusch denjenigen der Jahre 1888, 1889 und 1890 empfahlen. Alle drei Landtagsmitglieder sprachen sich für den halben Gulden als Münzeinheit aus, die eventuell Krone genannt werden soll.

Wien, 9. März. (W. T. B.) Im weiteren Verlaufe der Berathungen der Valuta-Enquete-Kommission sprachen sich die Experten Bunzl, Dimmer, Dub, Dutschka sämmtlich für die Goldwährung aus. Während indeß Bunzl und Dub die Beibehaltung des Umlaufes des bereits geprägten Kourant-Silberguldens befürworteten und Dimmer wünschte, daß nur bis zu einem beschränkten Betrage Zahlungen in Silber geleistet werden dürfen, erklärte sich Dutschka grundsätzlich gegen jede Ausprägung von Silber-Kourantmünzen.

Wien, 9. März. Die vom Statthalter verfügte Inhibirung der weiteren öffentlichen Brodvertheilung an die Arbeitslosen findet die Billigung aller einsichtigen Beurtheiler. Es wurde viel Mißbrauch mit diesen Vertheilungen getrieben, die oft von skandalösen Scenen begleitet waren und von denen gerade die Bedürftigsten am wenigsten profitirten, die Arbeiter selbst haben diese Art der Hülfe als unwürdig erklärt. Die Vertheilung der für die Arbeitslosen eingelaufenen sehr beträchtlichen Gaben wird fortan durch die Gemeinde-Aemter geschehen. Der Statthalter hat überdies der Gemeinde den Vorschlag gemacht mit den Erdarbeiten für einzelne Strecken der Stadtbahn schon jetzt noch vor Genehmigung des Projektes durch den Reichsrath zu beginnen, wodurch für die wirklich Arbeit-Bedürftigen Arbeit geschaffen werden könnte.

Wien, 9. März. (W. T. B.) Das Hülfs-Komitee für die Arbeitslosen wandte sich heute an den Minister-Präsidenten Grafen Taaffe mit der Bitte um Zurücknahme des Verbotes der Brodvertheilung. Das Komitee wurde an den Statthalter verwiesen, welcher die Verdienste des Komitees anerkannte, das Verbot jedoch unter Hinweis auf verschiedene Umstände für gerechtfertigt erklärte.

Wien, 9. März. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Fiume fand daselbst heute zwischen dem Veteranenkommandanten Schöble und dem Advokaten Bareich wegen Beleidigung des Veteranenkorps durch den letzteren ein Duell statt, bei welchem Bareich tödtlich verwundet wurde.

Pest, 9. März. (W. T. B.) Unterhaus. Bei der fortgesetzten Adreßdebatte erklärt Graf Albert Apponyi, die gegenwärtige Richtung führe nicht zu einer Befestigung der staatsrechtlichen Basis, sondern zu einer Katastrophe für dieselbe; die Regierung könne sich nicht auf das Niveau der konstitutionellen Auffassung erheben und behandle die Wahlen als eine mathematische These zur Sicherung der Majorität.

Pest, 9. März. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der Valuta-Enquete-Kommission gaben sechs Mitglieder derselben mit den gestrigen vollkommen übereinstimmende Aeußerungen ab. Nur bezüglich der Münzeinheit waren die Meinungen getheilt, indem sich die Einen für den Gulden, die Anderen für den Halbgulden und den Franks aussprachen.

Agram, 9. März. Die Amtsenthebung des hiesigen Bürgermeisters, eines Parteigängers des Bischofs Stroßmayr, wegen Schädigung der städtischen Interessen steht bevor.

Schweiz.

Wie man der „Pol. Korr." aus Bern meldet, kann die handelspolitische Verständigung zwischen der Schweiz und Italien nunmehr als feststehende Thatsache angesehen werden. Die wichtigste der bestandenen Meinungsverschiedenheiten betraf die Baumwollwaarenzölle, über welche beide Regierungen vor Allem auf diplomatischem Wege ins Reine kommen wollten, ehe sie sich zur Wiederaufnahme der Unterhandlungen durch beiderseitige Delegirte in Zürich entschlossen. Die schweizerische Regierung verlangte eine Herabsetzung der genannten Zölle um ungefähr 10 Prozent im Durchschnitt, während Italien sich blos zu einer Herabsetzung um ca. 8 Prozent im Durchschnitt verstehen wollte. Der Bundesrath hat nunmehr dieses Anerbieten, unter Vorbehalt betreffs einiger weniger Detailpunkte, angenommen. Die Unterhandlungen werden demgemäß wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche in Zürich wieder aufgenommen werden. Beiderseits wird die sichere Erwartung gehegt, daß der neue Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Italien vor Ostern zu Stande kommen wird.

Bern, 9. März. (W. T. B.) Vom Bundesrathe werden die Bemühungen fortgesetzt, die Demission Martis als Präsident der Direktion der Jura-Simplon-Bahn rückgängig zu machen. Heute Vormittag wurde ein Kompromißvorschlag festgesetzt, dessen Annahme das Verbleiben Martis auf seinem Posten ermöglichen soll. Nachmittags findet wiederum eine Konferenz der Delegirten des Bundesrathes mit der Genfer Finanzgruppe statt.

Belgien.

Die Kongoregierung hat gegen den aus dem Kongostaate zurückgekehrten Sozialisten Viroux Verleumdungsklage eingereicht, weil derselbe auf einem in vergangener Woche von der sozialistischen Arbeiterpartei einberufenen, kontradiktorischen Meeting den Beamten des Kongostaates unerhörte Grausamkeiten gegen die Eingeborenen zur Last gelegt und die ganze Kolonisirungsmethode als eine jeglicher Humanität hohnsprechende dargestellt hat. Der Generalsekretär des Kongostaates, Herr Wanters, welcher auf jenem Meeting ebenfalls anwesend war, protestirte sofort in entschiedenster Weise gegen die aufgestellten Behauptungen und erklärte, daß Viroux vor kurzer Zeit unter Androhung von „Enthüllungen" von der Kongo-Regierung 1000 Franks zu erpressen versucht habe. Schon dieser Umstand allein beleuchtet hinlänglich die Glaubwürdigkeit der erhobenen Anschuldigungen, was aber die sozialistische und radikale sowie einen Theil der französischen Presse nicht abhält, auf Grund dieser Aussagen neuerdings ihre Angriffe gegen die Kongo-Regierung und gegen das ganze Kongo-Unternehmen zu richten.

Der bevorstehende Ausstand der englischen Bergleute macht seinen Einfluß bereits auf dem belgischen Kohlenmarkte geltend. Während Belgien bisher täglich aus England 150 Waggonladungen Kohlen erhielt, reisen jetzt englische Agenten in den belgischen Kohlenrevieren herum und schließen Lieferungsverträge über ungeheure Mengen Kohlen ab. In Folge der verstärkten Nachfrage gerathen denn auch die Kohlenpreise, welche seit einem Monat im Niedergang begriffen waren, wieder ins Steigen, und werden in einigen Tagen schon eine außergewöhnliche Höhe erreicht haben. Trotz dieser günstigen Aussichten haben die Zechenbesitzer von La Louviere und Umgegend für den 15. d. M. eine abermalige Herabsetzung der Kohlenpreise um 15 bis 20 Prozent beschlossen. Ein Ausstand der belgischen Bergleute ist gegenwärtig nicht zu befürchten, da dieselben für den zur Erzwingung des allgemeinen Stimmrechtes verabredeten allgemeinen Ausstand ihre sämmtlichen Kräfte sammeln müssen.

Frankreich.

Ein Pariser Bericht der „Nat.-Ztg." findet es anscheinend tadelnswerth, daß die Republikaner es bei einer Nachwahl im Departement Pas de Calais vorgezogen haben, den sozialistischen Kandidaten durchbringen zu helfen, statt dem monarchischen ihre Stimmen zu geben. Daran ist indessen nichts Besonderes. Die französischen Sozialisten sind, wie man von jedem Fachkenner hören kann, ganz ungefährlich, weil sie, wie sich von selbst versteht, republikanisch, überdies aber im höchsten Grade „regierungszahm", d. h. für Geldausgabezwecke im Nothfalle stets zu haben sind. Man kann sie also ruhig ein wenig Lärm machen lassen; das bedeutet nichts. Anders ist es mit den Monarchisten bestellt, die soeben erst bewiesen haben, daß sie den leitenden Kreisen gelegentlich nicht nur unbequem werden, sondern selbst Krisen herbeiführen können, deren Ausgang sich jeder Berechnung entzieht. Das Ministerium Loubet steht darum noch lange nicht fest, weil es nicht unmittelbar nach seinem ersten Erscheinen in der Kammer gestürzt worden ist. Die Rechte weiß sehr genau, daß die Bevölkerung die Beunruhigung, die alles Derartige nothwendig bedingt, nicht liebt, und hütet sich darum wohl, von ihrer Macht allzuhäufigen Gebrauch zu machen. Das läßt die Sache selbst indessen unberührt.

„Die Elsässer, welche Pariser Blätter lesen," schreibt die „Justice", „mögen sich fragen, ob es wohl der Mühe werth war, 21 Jahre lang mit nie ermattender (!) Energie gegen die deutsche Einverleibung Einspruch zu erheben, um dem betrübenden Schauspiel des Handelns und Feilschens anzuwohnen, das man ihnen giebt." Der Artikel wendet sich hauptsächlich gegen das vom „Figaro" veranstaltete kleine Plebiszit der Deutschen. Wie könne ein französisches Blatt überhaupt die Frage stellen, ob Tonkin oder Madagaskar ebenso viel werth seien, wie die Reichslande! Natürlich wird zum Schluß des Artikels die Legende wiederaufgetischt, daß ganz Elsaß-Lothringen wie die symbolischen Figuren des Gambetta-Denkmals in Ville d'Avray thränenden und hülfeflehenden Auges nach Frankreich blickt.

Paris, 8. März. Der Budget-Entwurfs Rouviers für 1893 ist heute vom Ministerrath genehmigt worden. Er enthält eine Reform der Getränkesteuer, die Aufhebung des speziellen Budgets, die Aufnahme eines ständigen Tilgungsfonds in das Budget und derjenigen Maßnahmen, die zur Rückerstattung von 163 Millionen im Jahre 1893 fälliger sechsjähriger Schuldscheine erforderlich sind. Dazu sollen die nach Abzug der Zinsen verfügbaren Ueberschüsse der Jahre 1890 und 1891, 23 Millionen aus dem Tilgungsfonds und der muthmaßliche Ueberschuß von 1893 verwandt werden. Die in dem Budgetentwurf erwähnte Reform der Getränkesteuer sieht, wie verlautet, die Aufhebung der Besteuerung des Ausschanks von Getränken sowie eine weitgehende Herabsetzung der Steuern auf hygienisch wichtige Getränke und auf Bier vor. Die Steuer soll dem Mostgehalt proportional festgesetzt werden. Die durch die Herabsetzung der Steuer entstehenden Ausfälle sollen durch eine Erhöhung des Alkoholzolles von 156,25 Fr. auf 190 Fr. für 1 Hektoliter gedeckt werden.

Im heutigen Ministerrath soll ferner beschlossen worden sein, das Unterstaatssekretariat der Kolonien vom Handelsministerium zu trennen und dem Marineminister zu unterstellen. Da Thompson nur unter der Bedingung zur Uebernahme der Kolonien sich bereit erklärt hat, daß sie zum selbstständigen Ministerium erhoben werden, soll der Deputirte Jamais zum Unterstaatssekretär ernannt werden.

Eine Anzahl katholischer Jünglinge ist heute unter der Leitung des rastlosen Grafen Mun zu einer „Liga für katholische und soziale Propaganda" zusammengetreten. Zweck dieses Bundes ist, „gemäß der letzten päpstlichen Encyklika und den Erklärungen der französischen Kardinäle mit allen gesetzlichen Mitteln das Recht Gottes und die Rechte der Völker zu vertheidigen".

Die Kammer setzte heute die Berathung der Vorlage über die Umgestaltung der gewerblichen Schiedsgerichte fort.

Paris, 9. März. (W. T. B.) Dem Vernehmen nach wird die Regierung einem eventuellen Antrage von Deputirten, ein besonderes Kolonial-Ministerium zu errichten, nicht entgegentreten.

Der Munizipalrath hat den autonomistischen Sozialisten Sauton zum Präsidenten gewählt.

Paris, 9. März. (W. T. B.) Der „Temps" ist von zuständiger Seite ermächtigt, die Nachricht, der Finanzminister Rouvier beschäftige sich mit dem Projekt einer Konversion der $4^1/_2$prozentigen Rente, für unbegründet zu erklären.

** In dem seit kurzer Zeit in Berlin erscheinenden „Sozialpolitischen Zentralblatt" wird mitgetheilt, daß „bei den Wahlen zu den Conseils de Prud'hommes, den französischen Gewerbe-Schiedsgerichten, die Arbeiterschaft, namentlich im Seinedepartement, zumeist nur solche Arbeiter als Kandidaten aufstellt, die ein imperatives Mandat annehmen, d. i. sich verpflichten, stets die Interessen der Arbeiter zu wahren, und als Bürgschaft hierfür ihre Demission in blanco beim Wahlkomitee hinterlegen, welches, falls der Gewählte seinen Pflichten nicht nachkommen sollte, die Demission mit dem jeweiligen Datum zu versehen und an die kompetente Stelle abzusenden hat". Das „Sozialpolitische Zentralblatt" bemerkt hierzu, man wolle damit verhüten, daß die Arbeiter-Beiräthe bei Entscheidung der strittigen Angelegenheiten sich von den Unternehmer-Beiräthen beeinflussen lassen bezw. das Wohlwollen der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter zu gewinnen suchen. — Das genannte Blatt unterläßt es, hervorzuheben, daß das von ihm erwähnte Wahlsystem thatsächlich als ein solches der schändlichsten Korruption bezeichnet werden muß. Oder ist etwa ein als Richter fungirender Arbeiterbeisitzer, dessen Mandat ein imperatives ist und der seine Demission in blanco unterzeichnet hat, noch ein unabhängiger und unparteiischer Richter? Im Interesse einer zweckentsprechenden Durchführung und gedeihlichen Wirksamkeit unseres eigenen neuen deutschen Gewerbegerichtsgesetzes muß verlangt werden, daß der Entwickelung solcher Mißstände, wie sie bei den Gewerbsgerichtswahlen in Frankreich eingerissen sind, in Deutschland von vorneherein mit aller Energie vorgebeugt wird.

Bei näherem Eingehen auf die französischen Verhältnisse ergiebt sich, daß jene Mißstände der agitatorischen Thätigkeit der Possibilisten zu danken sind, denen es mit Hülfe der Fachvereine gelungen ist, die Wählerschaft zu organisiren und in ihrem Sinne zu beeinflussen. So wurden im Jahre 1891 47 Kandidaten der Possibilisten, 21 der unabhängigen Arbeitersyndikate, unter denen gleichfalls eine Verständigung betreffs der Wahl herbeigeführt war, und 1 anderer Kandidat gewählt. Weiter entpuppt sich das vom „Sozialpolitischen Zentralblatt" erwähnte „Wahlkomitee", welchem die in blanco zu unterzeichnenden Demissionen einzureichen sind, bei näherem Zusehen als ein von der Partei der Possibilisten eingesetztes Ueberwachungskomite, welches beispielsweise 1890 aus den Delegirten von 68 Syndikaten bestand. Dieses Komitee hat die arbeiterfreundliche Haltung der Kandidaten und deren Rechtsprechung nach Maßgabe der von Partei- oder Vereinswegen aufgestellten Sätze zu überwachen.

Dies das in Frankreich befolgte System, über dessen Verwerflichkeit nach obiger Darstellung wohl Einstimmigkeit herrschen wird. Wenn die Argeitgeber sich weigern, mit Arbeiter Beiräthen zusammenwirken, die ihre Demission in blanco unterzeichnet haben und mit imperativem Mandat in die gewerbegerichtlichen Kollegien kommen, so darf das doch wahrlich nicht Wunder nehmen; es wäre eine Schande, wenn es anders wäre.

Wie weit im Uebrigen die den Possibilisten zu dankende Korruption bereits um sich gegriffen hat, geht aus der weiteren Mittheilung des „Sozialpolitischen Zentralblatts" hervor, daß auf die Remonstration mehrerer Unternehmer zwar der Staatsrath die letzterfolgte Wahl von vier Arbeiterräthen des baugewerblichen Schiedsgerichts annullirt hat, daß aber daraufhin „deren sämmtliche Kollegen, die ebenfalls ein imperatives Mandat angenommen hatten, in einem an den Seinepräfekten gerichteten Kollektivschreiben, als Protest gegen die Annullirung, ihre Demission gegeben und gleichzeitig erklärt haben, es ihren Wählern überlassen zu wollen, die Antwort auf die vom Staatsrathe gefällte Entscheidung zu geben. Ihrem Beispiele sind bereits 43 Arbeiter-Beiräthe anderer als baugewerblicher Schiedsgerichte gefolgt, und nach der unter den Gewerkschaften herrschenden Stimmung zu urtheilen, dürften bald alle übrigen Arbeiter-Prud'hommes nachfolgen. Ihre Wiederwahl wird als unzweifelhaft betrachtet". — Es dürfte kaum möglich sein, ein vernichtenderes Urtheil zu fällen. Aus der Entwickelung der Gewerbe-Schiedsgerichte in Frankreich wird man lernen, was bei dem gegenwärtig die Arbeiterkreise beherrschenden Geiste aus Maßregeln herauskommt, die, vom besten Willen für die arbeitenden Klassen diktirt, diesen ein Machtmittel nach dem andern in die Hände geben. Diese Mittel dienen als willkommene Waffen im Kampfe gegen die bestehende Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung.

Italien.

Rom, 9. März. (W. T. B.) Der vierte internationale Kongreß der Gesellschaft vom „Rothen Kreuz" wird am 21. April in Rom eröffnet werden; zu demselben sind bereits mehr als 170 Delegirte angemeldet.

Rom, 9. März. (W. T. B.) Der „Opinione" zufolge hat die zum Studium der Verbesserung der Weinkultur eingesetzte Kommission die Zweckmäßigkeit der Anwendung der Weinzollklausel des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn anerkannt. Die Kommission befürwortete jedoch die Anwendung derselben erst nach Abschluß der Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien.

Spanien und Portugal.

Madrid, 9. März. (W. T. B.) Nach hier eingegangenen Nachrichten haben in ganz Spanien Ueberschwemmungen stattgefunden, welche beträchtlichen Schaden angerichtet haben. Namentlich sind der Guadalquivir und der Tajo in beunruhigender Weise gestiegen.

Madrid, 9. März. Beranger wurde zum Marineminister an Stelle des abtretenden Admirals Mantajo ernannt.

Cadix, 9. März. (W. T. B.) Der Anarchistenprozeß hat heute begonnen. Die Gendarmerie zerstreute die Ansammlungen von Menschen vor dem Justizpalaste, welche riefen: „Es lebe die Anarchie." Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. März. Die in voriger Woche stattgehabte polizeiliche Ueberführung des Barons Hermann Lövenskjold zu Löwenburg von Veile nach Middelfart und Internirung desselben in die dortige Irrenanstalt hat im ganzen Lande Aufsehen erregt. Während mehrere Blätter von verschiedener Parteirichtung, u. a. „Avisen", „Politiken" u. s. w., diese Maßregel als ungerechtfertigt in scharfer Weise kritisiren, geht der „Nationaltidende", anscheinend von interessirter Seite, eine Darstellung des Sachverhalts zu, der wir in objektiver Weise folgende Daten entnehmen: Als der frühere Lehnbesitzer Baron Lövenskjold am 19. November 1877 mit Tode abging, soll sein ältester Sohn und Successor, der damals 41jährige Baron Hermann Lövenskjold eine Privatschuld von etwa einer halben Million Kronen kontrahirt haben. Als seine Gläubiger sich wie hungrige Wölfe über das Lehn warfen, wurde von dem Obergerichtsadvokaten Alberti ein Akkord zu Stande gebracht, durch welchen die Gläubiger befriedigt wurden. Zur Deckung der Schulden wurde die Baronie mit einer Anleihe von 500,000 Kronen belastet und durch Verfügung des Justizministers wurde der Lehnbesitzer unter Kuratell gesetzt und zugleich bestimmt, daß die Admiuistration andauern solle, bis die Schuld getilgt sei. Successor, Baron Oskar Lövenskjold stimmte diesem Arrangement unter der Maßgabe zu, daß ihm seine Apanage aus der Baronie gezahlt wurde; dem Lehnbesitzer Baron Hermann Lövenskjold wurde eine Jahreseinnahme von 16,000 Kronen zugesichert, welche einige Jahre später auf 20,000 Kronen erhöht wurde. Als Vormund des Barons Hermann Lövenskjold wurde sein Schwager, Kammerjunker, Kapitän Munthe v. Morgenstjerna eingesetzt. Der Lehnbesitzer, welcher in Veile wohnhaft und vielfach schriftstellerisch thätig war, soll übrigens ein ziemlich extravagant s Leben geführt haben, so daß er mehrere Jahre von dem Irrenarzt, Professor Stenberg, beobachtet wurde; letzterer empfahl die Unterbringung des Barons in einer Irrenanstalt, während andere Aerzte ihn als geistig vollkommen gesund erklärten. Als Baron Lövenskjold sich der Ueberführung nach Middelfart widersetzte, wurde von dem Vormund bei dem Justizminister polizeiliche Hülfe erwirkt und dergestalt wurde der Baron aus seinem Hause abgeholt und unter polizeilicher Eskorte von Veile über Friedericia nach Middelfart auf Fühnen gebracht und an die dortige Irrenanstalt abgeliefert. Dem Ausgang der Sache sieht man mit großer Spannung entgegen.

Großbritannien und Irland.

Das Interessanteste an der kürzlichen Unterhaus-Debatte in Bezug auf die Mombasa-Eisenbahn war jedenfalls die Abstimmung. Nachdem Gladstone und Harcourt den größeren Theil zweier Sitzungen verbraucht hatten, um alle nur möglichen konstitutionellen Bedenken auszukramen und den Verstoß gegen alle bisherigen kolonialen Traditionen „ins rechte Licht zu setzen", enthielten sich die Führer der Opposition am Ende der Stimmabgabe. Das Erstaunen, welches sich über dieses unerklärliche Verhalten auf den Gesichtern von Labouchere und Genossen ausprägte, war gar ergötzlich anzuschauen. So verwundert werden etwa, bemerkte man mir, viele Wähler dreinblicken, wenn sie die Programmverheißungen der Radikalen mit ihren späteren Thaten vergleichen. Und in der That war der Vorgang bezeichnend genug für den wahren Charakter der Opposition und die Nichtigkeit ihrer bombastischen Phrasen. Wenn Gladstone es überhaupt wirklich so ernst meinte mit seinem Widerstande gegen eine derartige Unterstützung einer Privatgesellschaft, daß er zwei Sitzungen darauf verwenden zu müssen glaubte, so hätte man denken sollen, er würde auch bei der Abstimmung wirksamen Protest dagegen einlegen. Sein und Harcourt's Verhalten war Gegenstand des allgemeinen Gesprächs unter den Abgeordneten, aber geübt wie viele seiner Anhänger sind, jedes Wort und jede That des schreib- und redelustigen alten Staatsmannes als den Ausfluß tiefster Weisheit und politischen Scharfsinns hinzustellen, es ist ihnen bis jetzt noch nicht gelungen, einen plausibeln Grund für seine gestrige Handlungsweise herauszutifteln. Die Hauptsache ist, daß die englische Regierung und das Parlament nunmehr den ersten Schritt auf einer neuen Bahn in ihrer kolonialen Politik gethan haben. Trotz aller offiziellen Erklärungen glaubt kaum Jemand, daß es bei dieser einmaligen Subsidie sein Bewenden haben werde, sondern daß vielmehr, im Falle sich bei den Voruntersuchungen nicht allzugroße Terrainschwierigkeiten herausstellen, der Bau der Eisenbahn nur eine Frage der Zeit und der parlamentarischen Zusammensetzung ist. Bei einer nur 2—2½proz. Zinsgarantie von Seiten des Staates würde die Gesellschaft mit Leichtigkeit selbst vom weiteren Publikum die nothwendigen Baugelder auftreiben können. Nachdem nun einmal der allmächtige Fetisch des Engländers, ein Präzedenzfall, aufgestellt ist, wird es im geeigneten Augenblick einem Ministerium nicht schwer fallen, Volk und Parlament zu einer solchen Subsidie zu überreden. Was hierzu nicht der lobenswerthe Eifer für die Unterdrückung des Sklaventhums beitrüge, würde zweifelsohne die Furcht vor der deutschen Konkurrenz bewirken.

Das englische Linienschiff „Bellerophon" ist aus der Flottenliste gestrichen und an eine Schiffswerft in Portsmouth verkauft werden. An Bord dieses jetzt morschen, ehemals stolzen Dreimasters haben sich Dinge von historischer Bedeutung zugetragen. Kaiser Napoleon I., bei Waterloo geschlagen, auf den Straßen von Paris verhöhnt, von den französischen Kammern verleugnet und zur Abdankung gezwungen, flüchtete nach Rochefort, um sich nach Amerika zu retten. Aber er fand den Hafen bereits durch englische Kriegsschiffe gesperrt: hinter ihm die siegreichen Waffen der alliirten Mächte und das erbitterte eigene Volk, blieb ihm nichts übrig, als zu sterben, oder sich zu ergeben. Er wählte das letztere und ging an Bord des „Bellerophon", seinen Degen dem Kapitän Maitland übergebend. Das englische Linienschiff brachte den Gefangenen, der den sonderbaren Wunsch ausgesprochen hatte, in England unter seinen erbittertsten Feinden als Privatmann weiter zu leben, nach Plymouth: dort aber wurde ihm die Landung versagt und der Spruch der Mächte verlesen, nach dem der „General Bonaparte" im Interesse der Ruhe Europas nach der Insel St. Helena deportirt werden sollte. Das britische Kriegsschiff „Northumberland" trat, mit Napoleon an Bord, am 7. August 1815 die Reise nach dem entlegenen Eiland an. Der „Bellerophon" aber hat noch bis vor Kurzem den Union-Jack stolz gehißt.

London, 8. März. Im Unterhause gelangte gestern das Armee-Budget zur Verhandlung. Hanbury erhob Beschwerde darüber, daß die erzielten Resultate in so schlechtem Verhältniß zu den Kosten der Armee ständen. Die britische Armee koste jährlich mehrere Millionen mehr als die weit größere französische und deutsche. Sie sei nicht gleichartig, die verschiedenen Waffengattungen stehen nicht in dem richtigen Verhältniß, die Truppen seien nicht gleichmäßig bewaffnet, die Armee sei nicht in Armeekorps eingetheilt und könne nicht schnell mobilisirt werden. Es sei in der That eine „schäbige" Armee (scratch army). Der Bericht von Lord Wantage's Untersuchungskommission zeige, daß die vor 20 Jahren begonnene Organisation niemals durchgeführt worden sei. Das jetzige Kriegsministerium habe sein Bestes gethan, aber das gesammte System müsse geändert werden. In ähnlicher Weise redete Major Rasch (kons.). Campbell-Bannermann (lib.) meinte, es sei nicht zulässig, die Kosten der britischen Armee mit denen anderer Armeen zu vergleichen. Eine Idealarmee sei in England unmöglich, dazu herrschten in England zu viele Vorurtheile. Hierauf gelangten die einzelnen Posten zur Verhandlung. Den Posten 154,073 Mannschaften für die Landarmee erläuterte der Kriegsminister in längerer Rede. Er habe sich bemüht, die Ausgaben möglichst einzuschränken, viel lasse sich aber nach der Richtung nicht thun. In Indien und den Kolonien ständen jetzt 103,000 Mann, während die Truppen im Vereinigten Königreich 106,000 zählten. Die Reserve werde im April 80,000 Mann stark sein, und außerdem gebe es noch die Milizreserve. Seit 1886 sei die Armee um 2000 und die Reserve um 24,000 Mann vermehrt worden. Die gesammte Armee führe jetzt moderne Waffen. Die Freiwilligen besäßen eine gute Organisation und Ausrüstung. Jederzeit könnten sie nach bedrohten Punkten des Inlandes geschickt werden. Die Befestigung der Kohlenstationen sei vollendet. Es seien zur Zeit mehr Kanonen da, als nöthig. Für die Vertheidigung Londons und des Hafens seien alle Vorbereitungen getroffen. Die Debatte wurde alsdann vertagt.

London, 9. März. Die gestern versammelte Konferenz der vereinigten britischen Handelskammern beschloß die Nothwendigkeit der Einsetzung einer königlichen Kommission zur Reform der Bankakte und die Einsetzung von Handelsgerichten. Sie empfahl ferner der Regierung Etablirung nationaler Arbeitsbureaus.

Montenegro.

Cettinje, 9. März. (W. T. B.) Der General-Gouverneur von Albanien, Kerim Pascha, ist mit zahlreicher Begleitung hier eingetroffen.

Serbien.

Belgrad, 9. März. (W. T. B.) Wie verlautet, empfiehlt der Klub der Radikalen folgende Umbildung des Kabinets: Pasic Präsidium und Aeußeres, Tauschanovic Inneres, Mika Giorgievic Justiz, Vuic, welcher sich mit Tauschanovic versöhnt hat, Finanzen, Pera Velimirovic Bauten, Jevrem Velimirovic Krieg, Andra Nicolic Kultus und Unterricht, im Nichtannahmefalle solle Professor Lazarovic oder Angielovic das Unterrichtsministerium übernehmen. Die Ernennung des Kabinets wird heute erwartet.

Rumänien.

Bukarest, 9. März. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer wählte heute den General Mano mit 115 Stimmen zum Präsidenten; 31 Stimmzettel waren unbeschrieben. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt Pogor, Paucesco, Sturdza Scheiano, Alexander Catargi.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 10. März. Im Saale der Grünhof-Brauerei „Bock" fand gestern Abend eine öffentliche sozialdemokratische Volksversammlung statt, in welcher zunächst Genosse Th. Metzner-Berlin über den Volksschulgesetzentwurf sprach. Nach dem Vortrage gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Versammlung erblickt in dem neuen Volksschulgesetzentwurf nur die Konsequenz der fortschritts- und kulturfeindlichen Bestrebungen, die seit geraumer Zeit die herrschenden Klassen und Regierungen in Deutschland verfolgen. Der Kampf der Liberalen aller Schattirungen gegen den Entwurf kann sie darüber nicht täuschen. Die Auffassung, daß ein Schulgesetz nach dem Entwurf mit seiner streng religiösen und konfessionellen Grundlage als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu verwenden sei, erachtet die Versammlung als naiv und absurd und als einen Beweis dafür, daß man gegnerischerseits keine Ahnung hat von den Grundsätzen, welche die Sozialdemokratie hervorriefen und darin schließlich den Sieg bedingen. Die Versammlung kann das Heil der Volkserziehung nur von gesetzlichen Einrichtungen erwarten, durch welche die Religion als Privatsache erklärt, die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken ausgesprochen und die Weltlichkeit der Schule durchgeführt wird. Die Versammlung ist ferner überzeugt, daß weder die Regierung noch die herrschenden Klassen, die im preußischen Landtage ausschließlich vertreten sind, den Willen nicht besitzen und ihn aus Klassen-Interesse nicht besitzen können, diesen Grundsätzen gerecht zu werden. Dafür steht die Versammlung sowohl dem Entwurf, wie allen von jener Seite ausgehenden Reformvorschlägen feindlich und ablehnend gegenüber." — Weiter kam die Maifeier zur Besprechung. Dieselbe soll nach der von der Versammlung angenommenen Resolution besonders imposant gestaltet werden, wenn möglich, einen einheitlichen Charakter tragen; falls kein größeres Lokal zu erhalten sei, möge man in mehreren Etablissements feiern, doch die Einheitlichkeit bewahren. Auch sollen sich die Gewerkschaften dem Beschlusse fügen. Es wurde schließlich ein Komitee gewählt, welches die nöthigen Vorbereitungen zu der Maifeier treffen solle. — Mit dem üblichen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Unter Absingen der Arbeiter-Marseillaise verließen die Anwesenden den Saal.

— Wie die „Starg. Ztg." hört, beabsichtigt Herr Direktor Gluth mit dem Personale des hiesigen Stadt-Theaters noch vor Schluß der Winter-Saison in Stargard einige Opern-Vorstellungen zu geben.

— Für die Bahnhofswirthschaft zu Frankfurt a. O. sind 107 Reflektanten gewesen. Der Mindestbietende hat 6000 Mark, der Meistbietende 18,000 Mark als Pachtpreis zu geben sich bereit erklärt. Der Zuschlag dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.

— Am 26. März findet im hiesigen Kreishause eine Kreistags-Sitzung des Kreises Randow statt, neben einer Anzahl Wahlen und Rechnungsprüfungen steht auf der Tagesordnung die Einrichtung eines Gewerbegerichts für den Kreis Randow, die Feststellung des Kreishaushalts-Planes pro 1892—93 und eine Vorlage wegen Gewährung einer Wegebaubeihülfe an Gut und Gemeinde Scheune für den Ausbau des Weges von der Zichorienfabrik „Ludwigslust" durch Dorf und Gemarkung Scheune bis zur Scheuner Zuckerfabrik, in Verbindung der Stettin-Pasewalker und der Stettin-Berliner Chausseen.

18. Provinzial-Landtag von Pommern.

IV.

Stettin, 10. März.

Die heutige (3. und letzte) Plenarsitzung wurde um 11 Uhr von dem Vorsitzenden, Herrn v. Köller-Cantreck eröffnet und begann mit Wahlen. Zum Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses an Stelle des verstorbenen Herrn von Mühlenbeck wurde Herr Landrath von Holtz-Alt-Marrin mit 65 von 68 Stimmen, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses an Stelle des Herrn von Holtz Herr Justizrath Bahl-Greifswald gewählt, 28 Stimmen fielen auf Herrn von Blanckenburg-Kaltenhagen, 5 auf Graf von Behr-Behrenhof. — Zum Mitgliede des Provinzial-Ausschusses an Stelle des verstorbenen Herrn von Mühlenberg wurde Herr Landrath von Köller-Osseken mit 66 von 68 Simmen und zum stellvertretenden Mitgliede des Provinzial-Ausschusses Herr Regierungs-Assessor a. D. und Rittergutsbesitzer von Zadow-Alt-Wuhrow mit 40 von 70 Stimmen gewählt, 28 Stimmen fielen auf Herrn Landrath von Bonin-Bahrenbusch.

Herr Syndikus Dr. Schultze referirt eingehend über eine Vorlage, betreffend die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neu-Vorpommern und Rügen, es handelt sich dabei um die Frage, ob der III. Abschnitt des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Eigenthumsregulirung bäuerlichen Besitzes, auf die genannten Kreise ausgedehnt werden soll. Dieselbe Angelegenheit hat bereits den 14. pommerschen Provinzial-Landtag beschäftigt und ist nun auf's neue seitens der Regierung dem Provinzial-Landtage zur nochmaligen Aeußerung überwiesen. Der Provinzial-Ausschuß hat sich dahin ausgesprochen, daß den Betheiligten die Möglichkeit gegeben werden müsse, streitige Fragen vor den ordentlichen Instanzen zur Entscheidung zu bringen. Der Referent empfiehlt dem Landtage die Zustimmung zu diesem Beschluß des Provinzial-Ausschusses.

Als Korreferent empfiehlt Herr Justizrath v. Bahl-Greifswald gleichfalls, dem Beschlusse des Provinzial-Ausschusses beizustimmen.

Herr v. Köller-Carow tritt diesem Antrag entgegen, da wegen der geringen Zahl der Betheiligten eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht nothwendig erscheine und es empfehle sich daher, daß sich der Landtag auf denselben Standpunkt stellt, den der 14. Provinzial-Landtag s. Z. in der Sache eingenommen. Auch in rechtlicher Beziehung sei die Angelegenheit durchaus nicht klar und sei es dem Landtage würdiger, wenn er den Beschluß des 14. Provinzial-Landtages vom Jahre 1861 festhalte.

Herr Ober-Präsident v. Puttkamer, Excellenz, erklärt, daß er weder den Auftrag, noch den Wunsch habe, in die Debatte einzugreifen, daß vielmehr die Regierung dem Landtag das gesammte Material vorgelegt habe und auf Grund dieses Materials eine Aeußerung erwarte. Er wolle aber darauf hinweisen, daß die geringe Zahl der Betheiligten nicht Grund sein dürfe, den Antrag des Provinzial-Ausschusses abzulehnen. Wenn auch nur ein Betheiligter vorhanden sei, müsse diesem Einen Gerechtigkeit werden, dies sei ein Akt der Billigkeit. Betonen wolle Redner noch, daß es sich hier in keiner Weise um eine politische Frage handele.

Herr Justizrath Langemak-Stralsund spricht sich gegen den Antrag des Referenten aus, da in der gegenwärtigen Zeit ein Bedürfniß zu einer Aenderung nicht vorliege und auch rechtliche Ansprüche der Betheiligten kaum vorhanden seien. Redner bezweifelt überhaupt, daß noch eine einzige Stelle vorhanden sei, auf welche das Gesetz Anwendung finden könne. Es würden nur Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können, denn alle in der Sache anzustrengenden Prozesse würden sicher verloren gehen.

Nach einem Schlußwort des Referenten und des Korreferenten wird dem Beschluß des Provinzial-Ausschusses mit großer Majorität zugestimmt.

Vermischte Nachrichten.

— In der Heimath des Baron Mikosch geschehen noch immer die wunderlichsten Dinge. So hatte am 28. Februar in Debreczin ein Bauer Namens Joseph Szabo seinen Todfeind, den Landwirth Franz Kiß, auf offener Straße niedergeschossen und war dann flüchtig geworden; alle Bemühungen der Polizei, seiner habhaft zu werden, blieben vergebens. Am Abend des zweiten Tages aber erschien der Mörder freiwillig auf dem Stadthaus, um sich den Behörden auszuliefern; er schritt auf den vor dem Hause wachestehenden Hajduken zu und es entspann sich der folgende ganz einzige Dialog: Mörder: Herr Hajduk, ich bin der Joseph Szabo. — Wachtmann: Schön, was geht das mich an? — Mörder: Ein wenig geht es Sie an, denn ich habe Einen niedergeschossen. — Wachtmann: So? Das ist sehr schön. — Mörder (sehr ernst): Den Kiß Ferency habe ich niedergeschossen, Herr Hajduk. — Wachtmann (sehr heiter): Ja, ich höre, und was wollen Sie nun weiter? — Mörder: Was ich will? Ich melde mich, damit man mich verhafte. — Wachtmann: Gehen Sie zum Teufel! Glauben Sie, daß man hier jeden Vagabunden einsperrt? Da sitzen nur Herren; schauen Sie, daß Sie weiter kommen. Jetzt ist keine Amtsstunde mehr: kommen Sie morgen wieder. — Mörder: Aber die Polizei verfolgt mich wie ein gehetztes Wild; zu meinen Eltern und Verwandten kann ich nicht gehen; ich habe kein Nachtquartier; bitte, sperren Sie mich doch ein. — Wachtmann: Na, wenn Sie gar so sehr darauf bestehen, so gehen Sie zum Gefängnißwächter, der wird Ihre Angelegenheit schon erledigen. — Szabo folgte diesem weisen Rathe, ging zum Gefängnißwächter und wurde dort endlich in Haft genommen; der biedere Hajduk machte am anderen Tage große Augen, als er in den Zeitungen die rühmende Anerkennung für die Debrecziner Polizei las, der es gelungen sei, des flüchtigen Mörders habhaft zu werden.

Mergentheim (Würtemberg), 7. März. In einer Wirthschaft hatte ein Gast eine zum allgemeinen Gebrauch aufgelegte Zeitung im Werthe von 10 Pfennigen weggenommen. Der Betreffende hatte sich deshalb vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten; er wurde zu eintägiger Gefängnißstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt. Der Fall möge allen „Zeitungsmardern" zur Warnung dienen.

Paris, 6. März. Zwei Fleischerburschen begaben sich gestern früh gegen 4 Uhr an ihre Arbeit, als sich ihnen auf der Place St. Germain-des-Pres ein aufregendes Schauspiel darbot. Sie sahen nämlich dicht bei einem Laternenpfahl eine unförmliche Masse, die sich schwerfällig am Boden bewegte, und erkannten bei näherm Hinzutreten zu ihrer grenzenlosen Bestürzung, daß sie einen Bären vor sich hatten. Sie entflohen schleunigst und erzählten einem ihnen begegnenden Beamten der Straßenreinigung, welchen Fund sie gemacht hatten. Dieser rieth ihnen, den Fall der Polizei anzuzeigen, und vereint begab man sich auf das nächste Polizeibureau, wo der wachthabende Polizei-Unteroffizier diese seltene Begebenheit mit der Bitte um Weisungen an die Zentralstation telephonirte, da ein derartiges Ereigniß in den Vorschriften nicht vorgesehen sei. Es kam hierauf die Anfrage, ob der Bär einen Maulkorb trage, und als das von den Findern verneint wurde, erging der Befehl, den Platz von allen Seiten abzusperren und sich der Bestie um jeden Preis zu bemächtigen. Inzwischen war auch ein telephonisch benachrichtigter Polizeikommissar angekommen und dieser brach an der Spitze von sechs mit Revolvern bewaffneten Schutzleuten zur Verfolgung des Unthiers auf. Sie fanden den Bären noch an derselben Stelle und näherten sich ihm vorsichtig mit schußbereiten Revolvern, und das Leben des Bären war einen Augenblick aufs ernsteste bedroht. Gerade als sie Feuer geben wollten, bemerkten sie aber zum Glück, daß sie nicht einen Bären, sondern einen Kanalisationsarbeiter vor sich hatten, der in eine rauhe und zottige Decke eingehüllt war und sich vor Schrecken nicht zu fassen wußte, als er plötzlich sechs Revolver gegen sich gerichtet sah. Der Unglückliche, der eigentlich noch von viel Glück sagen konnte, erklärte den Bärenjägern, daß er mit der Oeffnung eines Kanalzuganges beschäftigt sei und so lange an dieser Stelle gearbeitet habe, da er die rostigen Schrauben nicht habe lösen können, worauf die bewaffnete Macht um eine Bärenjagd ärmer mit langer Nase sich zurückzog.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. März. Wetter: Schön. Temperatur + 2° Reaumur, Nachts — 5° Reaum. Barometer 755 Millimeter. — Wind: SO.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 205—218 bez., per April-Mai 214 bis 213,50 bez., per Mai-Juni 214 B., per Juni-Juli 215 B.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko pommerscher 200—208 bez., per April-Mai 214 B. u. G., per Mai-Juni 210,50 B. u. Gd., per Juni-Juli 209 B. u. G., per Juli-August —,—.

Gerste unverändert, per 1000 Kilogramm loko 150—176 bez., Märker —,— bez.

Hafer unverändert, per 1000 Kilogramm loko 148—157 bez.

Rüböl matt, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges —,—, per März 53,50 B., per April-Mai 53,50 B., per September-Oktober 54 B.

Spiritus geschäftslos, per 100 Liter a 100 Prozent loko 70er 43,8 nom., loko 50er —,—, per April-Mai 70er 44,5 nom., per Juli-August 70er — nom., per August-September 70er 45,7 nom., per September-Oktober —,—.

Petroleum loko 11,00 verzollt bez.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 10. März. Weizen per April-Mai 197,00 bis 198,00 Mark, per Mai-Juni 200,00 Mark, per Juni-Juli 202,25 Mark.

Roggen per April-Mai 209,25 bis 210,75 Mark, per Mai-Juni 210,00 Mark, per Juni-Juli 208,00 Mark.

Rüböl per April-Mai 54,00 Mark, per September-Oktober 54,30 Mark.

Spiritus loko 70er 45,00 Mark, per April-Mai 70er 45,00 Mark, per August-September 70er 46,10 Mark.

Hafer per April-Mai 151,50 Mark, per Juni-Juli 153,50 Mark.

Petroleum per März 23,50 Mark.

London. Wetter: Schnee.

Berlin, 10. März. Schluß-Course.

Preuß. Consols 4%	106,50	London kurz	206 40
do. do. 3½%	99,00	London lang	20,39
Deutsche Reichsanl. 3%	84 90	Amsterdam kurz	20 22
Pomm. Pfandbriefe 3½%	96,00	Paris kurz	168,70
italienische Rente	99,60	Belgien kurz	81 00
do. 5% Eisenb.-Oblig.	55,80	Bredow Cement-Fabr.	80 95
Ungar. Goldrente	92,40	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	97 50
Rumän. 1881er amort. Rente	96,24	Stett. Chamotte-Fabr.	78 50
Serbische 5% Rente	80,10	Didier	202,00
Griechische 6% Goldrente	58 30	„Union", Fabrik chem. Produkte	116 80
Russ. Boden-Credit 4½%	95,70		
do. do. von 1880	92 30		
Mexikan. 6% Goldrente	80 90		
Oesterr. Banknoten	172,05		
Russ. Banknot. Cassa	203,15		
do. do. Ultimo	—,75		
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½%	100,50		
do. (110) 4%	100,00		
do. (100) 4%	—,—		
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	101,36		
Stett. Bulc.-Act. Litt. B	110,10		
Stett. Bulc.-Priorität	—,—		
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. a 1000 M.	156,3[illegible]		
6 proz. Prioritäten	—,—		
Petersburg kurz	94,05		

Ultimo-Course:

Disconto-Commandit	184,10
Berliner Handels-Gesell.	135 75
Oesterr. Credit	170,50
Dynamite-Trust	185 50
Bochumer Gußstahlfabrik	110,25
Laurahütte	100,90
Harpener	100,00
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	127,25
Dortm. Union St.-Pr. 6%	53,00
Ostpreuß. Südbahn	71,40
Marienburg-Mlawkabahn	55 20
Mainzerbahn	115,80
Norddeutscher Lloyd	92,00
Lombarden	40 50
Franzosen	153,90

Tendenz behauptet.

Bremen, 9. März. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Still. Loko 6,35 B. Baumwolle schwach.

Wien, 9. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 10,37 G., 10,40 B., per Herbst 9,45 G., 9,48 B. Roggen per Frühjahr 9,78 G., 9,81 B., per Herbst 8,50 G., 8,53 B. Mais per Mai-Juni 5,63 G., 5,66 B., per Juli-August 5,55 G., 5,58 B. Hafer per Frühjahr 6,29 G., 6,32 B., per Herbst —,— G., —,— B.

Amsterdam, 9. März Java-Kaffee good ordinary 53,50.

Amsterdam, 9. März, Nachmittags. Bancazinn 53⅞.

Amsterdam, 9. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per März 230, per Mai 238. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine fester, per März 219, per Mai 226. — Rüböl loko 28,00, per Mai 26,37, per Herbst 27,00.

Antwerpen, 9. März, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 14,75 bez. u. B., per März 14,50 B., per April 15,50 B., per September-Dezember 15,50 B. Ruhig.

Paris, 9. März. Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, per März 25,30, per April 25,70, per Mai-August 26,40, per September-Dezember —,—. Roggen matt, per März 19,10, per April —,—, per Mai-August —,— per September-Dezember —,—. Mehl matt, per März 54,20, per April 55,00, per Mai-August 56,50, per September-Dezember —,—. Rüböl träge, per März 54,50, per April 55,00, per Mai-August 56,25, per September-Dezember 57,75. Spiritus beh., per März 46,75, per April 46,25, per Mai-August 44,75, per September 40,75. — Wetter: Schön.

Paris, 9. März, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 38,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 39,87½, per April 40,25, per Mai-August 40,87½, per Oktober-Januar 36,25.

Paris, 9. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Unentschieden.

	Kours vom 8.	
3% amortisirb. Rente	97,65	97,85
3% Rente	96,90	96,97½
4½% Anleihe	105,20	105,27½
Italienische 5% Rente	88,60	88,25
Oesterr. Goldrente	95⅜	95,62
4% ungar. Goldrente	92⅛	91,93
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	93,80	93,81
4% unifiz. Egypter	487,18	485,62
4% Spanier äußere Anleihe	59,75	59,12
Convert. Türken	19,40	19,37½
Türkische Loose	73,50	73,40
5% privil. Türk.-Obligationen	422,50	422 50
Franzosen	610,00	615,00
Lombarden	202,50	201 25
„ Prioritäten	297,00	297,00
Banque ottomane	540,00	540,00
„ de Paris	623,00	627,00
„ d'escompte	162,00	157,00
Crédit foncier	1206,00	1210,00
„ mobilier	140 00	142,00
Meridional-Aktien	596,00	591,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	18 00
„ „ 5% Obligationen	19,00	19,00
Rio Tinto-Aktien	441,25	440,60
Suezkanal-Aktien	2728,00	2726,00
Gaz Parisien	1485,00	1490,00
Credit Lyonnais	787,00	787,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	545,00	545,00
Transatlantique	541,00	542,00
B. de France	4425,00	4435,00
Ville de Paris de 1871	410,00	409,00
Tabacs Ottom.	360,00	358,00
2¾ Cons. Angl.	96,50	96,25
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt.	122⅞	122 15/16
Wechsel auf London kurz	25,18	25,19
Cheque auf London	25,19½	25,20½
Wechs. Amsterdam k.	206,25	206,25
„ Wien k.	209,75	209,75
„ Madrid k.	427,00	425,25
Comptoir d'Escompte neue	482,00	487,00
Robinson-Aktien	84,30	83,00

London, 9. März. 96% Javazucker loko 15,87, ruhig. — Rübenrohzucker loko 14,25, fest.

London, 9. März. Chili-Kupfer 45,75, per 3 Monat 46,00.

London, 9. März, 4 Uhr 20 Minuten Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen sehr ruhig, englischer knapp, für fremden Käufer zurückhaltend, Mehl geschäftslos, Gerste stetig, Hafer und Mais fest, ruhig. Angekommene Weizenladungen geschäftslos, Preise nominell. Schwimmender Weizen schwach, Käufer halten sich vom Markt zurück, atlantischer weniger gedrückt, schwimmende Gerste ruhig aber stetig, für schwimmenden Mais mitunter besserer Begehr.

Leith, 9. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Markt stetig, aber doch sehr ruhig. Preise nominell, unverändert.

Glasgow, 9. März, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbres warrants 40 Sh. 4 d. bis 40 Sh. 7 d.

Newyork, 9. März, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per April 59,87. Weizen per Mai 100,25.

Newyork, 9. März. Wechsel auf London 4,85½. Petroleum in Newyork 6,40, in Philadelphia 6,35, rohes (Marke Parkers) 5,70. Pipe line certif. per April — D. 59⅜ C. Mehl 4 D. 00 C. Rother Winter-Weizen loko 1 D. 05½ C. Rother Weizen per März 1 D., 02 C., per April 1 D. 02¼ C., per Mai 1 D. 00⅝ C. Getreidefracht 4,00. Mais per April 49⅞. Zucker 3. Schmalz loco 6,72. Kaffee-Rio Nr. 7 14⅝. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 12,97. Kaffee per Juni ord. Rio Nr. 7 12,40. Weizen (Anfangs-Kaus) per Mai 100,25.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 9. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per April 4,20, per Juli 4,27½, per August 4,30, per Oktober 4,35 Verkäufer.

Telegraphische Depeschen:

Berlin, 10. März. Die bis gestern Abend aus Darmstadt eingetroffenen Depeschen melden keine Veränderung. Professor Kußmaul ist wieder eingetroffen. Die Hoffnung auf Besserung schwindet immer mehr und der Eintritt der Katastrophe kann stündlich erfolgen.

Die Morgenblätter bestätigen allseitig, daß mit dem Herzog von Cumberland ein Vertrag abgeschlossen wurde. Daß der Welfenfonds an den Herzog von Cumberland ausgefolgt wird, unterliegt keinem Zweifel. Die Thronfolge in Braunschweig erleidet keinerlei Aenderung.

In der heutigen Sitzung des Bundesrathes steht auf der Tagesordnung eine Aenderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes, Nachtragsetat bezüglich Erhöhung der Reichsunterstützung, Weltausstellung in Chicago und Entwurf eines Cheque-Gesetzes. Da die Betheiligung an der Weltausstellung in Chicago stark gewachsen, wird die ausgeworfene Million nicht genügen und deshalb eine Nachforderung nothwendig sein, deren Bewilligung durch den Reichstag gesichert scheint.

Darmstadt, 10. März. Bulletin von Vormittags 7 Uhr. Der Großherzog ist zeitweise bei Bewußtsein, das Schlucken weniger beschwerlich, so daß etwas mehr flüssige Nahrung gegeben werden konnte. Die Lähmungserscheinungen dauern unverändert an.

Paris, 9. März. Die Meldung des „Figaro", Präsident Carnot habe auf Drängen von Madame Carnot die Initiative gegenüber dem Vatikan ergriffen, um eine versöhnliche Haltung des Klerus zu erlangen, wird im Elysee mit Entrüstung bestritten.

Gestern Abend gab es wieder einen Studenten-Krawall. Die jungen Leute, etwa 400 an Zahl, demolirten das Inventar der medizinischen Hörsäle.

Paris, 10. März. Nach einer Meldung aus Buenos-Ayres ist der Finanzminister von seinem Posten zurückgetreten.

Wilson und Madame Grevy theilten die Erbschaft des verstorbenen Präsidenten Grevy im Betrage von 6 Millionen Franks, welche letzterer in den Jahren 1878 bis 1887 an Repräsentationskosten erspart hat.

Der Amerikaner Deacon, der Mörder des Attachee Abeille, ist vorläufig gegen eine Kaution von 10,000 Frks. in Freiheit gesetzt worden.

Marseille, 10. März. Die soeben hier eingetroffene Post aus Toukin meldet die Erstürmung der Hauptfeste des Piratenchefs Deong und die Gefangennahme desselben.

Toulouse, 10. März. Zwei Jäger der hiesigen Garnison hatten gestern ein blutiges Renkontre mit Zivilpersonen. Die Jäger griffen die Zivilisten zuerst an und gaben mehrere Gewehrschüsse ab. Die Zivilisten antworteten mit Revolverschüssen, einer der Jäger blieb todt auf dem Platze, zwei Zivilisten wurden schwer, drei leicht verwundet.

London, 10. März. Nachrichten aus Valparaiso zufolge übernahm Advokat Math die Bildung eines neuen Ministeriums.

London, 10. März. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß der Streik der Kohlenarbeiter in Folge gegenseitiger Zugeständnisse nicht zum Ausbruch kommt.

Newyork, 10. März. In Memphis (Tenessee) drangen maskirte Männer in das Gefängniß, wo 25 Neger wegen Mordes inhaftirt waren. Die Maskirten ergriffen drei der Neger und erschossen dieselben außerhalb des Gefängnisses.

Washington, 9. März. In der heute dem Senate vorgelegten Korrespondenz zwischen England und den Vereinigten Staaten bezüglich der Behringsmeer-Frage hält der Premierminister Salisbury seine Ansicht aufrecht, die Erneuerung des modus vivendi sei unnütz, weil der Fischerei keine Gefahr drohe; der Staatssekretär Blaine erwidert hierauf, in jedem Falle werde Amerika seine Rechte während der nächsten Fischerei-Saison vertheidigen.